

Sehr geehrter Herr Prof. Tremmel, sehr geehrter Herr Preyß,

vielen Dank für Ihr Schreiben, welches mir weitergeleitet wurde. Gerne möchte ich Ihre Fragen beantworten.

Zur ersten Frage: Ich unterstütze ausdrücklich eine Systemumstellung der Altersversorgung für Abgeordnete des 20. Abgeordnetenhauses innerhalb der ersten sechs Monate der Wahlperiode und würde einem entsprechenden Gesetzentwurf zustimmen bzw. mich aktiv für seine Einbringung durch die Linke im Abgeordnetenhaus einsetzen.

Zur zweiten Frage: Ich beabsichtige, im Falle meiner Wahl den Antrag nach § 15 LAbgG innerhalb der Frist zu stellen und mich damit für die Erstattung eigener Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung statt der Abgeordnetenpension zu entscheiden. Meine Partei Die Linke und ich setzen uns für eine Einbeziehung von allen in die gesetzliche Rente bzw. für eine "solidarische Erwerbstätigenversicherung" ein, in die auch bislang nicht versicherte Gruppen wie Selbstständige, Freiberuflerinnen, Beamtinnen und Politikerinnen einzahlen. Mit meiner persönlichen Entscheidung möchte ich meiner politischen Haltung in dieser Sache Nachdruck verleihen. Zugleich möchte ich jedoch transparent machen, dass sich diese Entscheidung nach meiner derzeitigen Einschätzung für mich auch finanziell im Alter lohnt, da ich meine Mandatszeit auf maximal acht Jahre begrenzen möchte. (Ein Anspruch auf Abgeordnetenpension entsteht im Berliner Abgeordnetenhaus frühestens nach neun Mandatsjahren.) Es ist somit keine rein moralische Entscheidung.

Bei Rückfragen melden Sie sich gern!

Mit freundlichen Grüßen

Coco Aglibut (Direktkandidatin WK 02 Pankow, Die Linke)